

# **Anhang**

# **Risikomanagement, Sicher-**

# **heitsleistungen**

## **zu den AB-BKO**

V 10.00

## Dokumentenverwaltung

### Dokument-Historie

Version	Status	Datum	Verantwortlicher	Änderungsgrund
V1.00	Genehmigt	13.09.2001	ECG	Beilage zu Bescheid v. 13.09.2001, ZI. G BKA 02/01
V 2.00	Genehmigt	20.12.2002	ECG	Beilage zu Bescheid v. 20.12.2002, ZI. G BKA 09/02
V 3.00	Genehmigt	17.2.2004	ECG	Beilage zu Bescheid v. 17.12.2004, ZI. G BKA 01/04
V 4.00	Genehmigt	8.6.2004	ECG	Beilage zu Bescheid v. 08.06.2004, ZI. G BKA 03/04
V 5.00	Genehmigt	13.2.2006	ECG	Beilage zu Bescheid v. 13.02.2006, ZI. G BKA 01/06
V 6.00	Genehmigt	24.7.2008	ECG	Beilage zu Bescheid v. 24.07.2008, ZI. G BKA 04/08
V 7.00	Genehmigt	19.01.2010	ECG	Beilage zu Bescheid v. 19.01.2010, ZI. G BKA 06/09
V 8.00	Genehmigt	21.12.2011	ECG	Beilage zum Bescheid vom 21.12.2011
V 9.00	Genehmigt	18.12.2013	ECA	Beilage zum Bescheid vom 18.12.2013
V 10.00	Genehmigt		ECA	Beilage zum Bescheid vom

## **Inhaltsverzeichnis**

1	Sicherheitsleistungen .....	4
2	Sicherheitenanforderung .....	4
2.1	Sicherheitenanforderung umsatzabhängig .....	5
2.2	Sicherheitenanforderung aufgrund historischer Verrechnungen .....	6
2.3	Sicherheitenanforderung aufgrund offener Positionen .....	6
3	Art und Hinterlegung der Sicherheiten .....	8
4	Folgen bei Unterdeckung .....	10
5	Freigabe von Sicherheiten .....	11
6	Verwertung von Sicherheiten .....	12
6.1	Solidarhaftung .....	12
6.2	Wiederaufstockung von Sicherheiten.....	13

## **1 Sicherheitsleistungen**

1. Jeder Bilanzgruppenverantwortliche (BGV) ist zur Hinterlegung von Sicherheiten zur Deckung seines Zahlungsverzuges oder -ausfalls sowie des Zahlungsverzuges oder -ausfalls anderer BGV dem Bilanzgruppenkoordinator (BKO) gegenüber verpflichtet. Die Hinterlegung der erforderlichen Sicherheiten, ist eine der Voraussetzungen für die Zulassung und Tätigkeit als BGV in der Regelzone APG.
2. Der BGV hinterlegt Sicherheiten für seine Bilanzgruppen (BG) und verpflichtet sich die Sicherheiten bis zum Abschluss des 2. Clearings zu hinterlegen.
3. Der BKO oder ein von ihm Beauftragter überwacht die Einhaltung der Sicherheitenhinterlegung und verwaltet die Sicherheiten nach Maßgabe nachfolgender Bestimmungen.

## **2 Sicherheitenanforderung**

1. Der BGV hat gegenüber dem BKO Sicherheiten gemäß den nachfolgenden Bestimmungen zu hinterlegen.
2. Die Sicherheitenanforderung an den BGV wird abhängig von
  - (i) dem Umsatz der dem BGV zugeordneten BG gemäß 2.1.,
  - (ii) dessen historischen Verrechnungen mit dem BKO gemäß 2.2.,
  - (iii) den offenen Positionen der ihm zugeordneten BG gemäß 2.3.je Bilanzgruppe ermittelt.

Der höchste Betrag, der sich aus den zuvor genannten Verfahren ergibt, wird zur Sicherheitenanforderung. Die Mindestsicherheit je Bilanzgruppe beträgt EUR 50.000,-.
3. Die Sicherheiten setzen sich aus Basissicherheiten und variablen Sicherheiten zusammen. Die Basissicherheiten sind Teil der Solidarhaftung. Die variablen Sicherheiten können durch gute Bonität reduziert werden.
4. Für deaktivierte Bilanzgruppen sind Sicherheiten bis zur Endabrechnung der Bilanzgruppe zu hinterlegen. Eine Bilanzgruppe gilt als endabgerechnet, wenn das Clearing, für welches sämtliche Zählwerte und Fahrplandaten vorliegen und Änderungen an diesen Daten nicht mehr möglich sind, abgeschlossen ist.
5. Die Freigabe von Sicherheiten erfolgt gemäß Punkt 5.

## 2.1 Sicherheitenanforderung umsatzabhängig

Gemäß nachstehender Tabelle werden die Anforderung für Basissicherheiten und variable Sicherheiten je Bilanzgruppe ermittelt:

Kategorie neu	Jahresenergieumsatz [MWh]		Sicherheiten		
	von	bis	Basis	variabel	gesamt
1	-	30 000	50 000.00 €	- €	50 000.00 €
2	30 001	60 000	60 000.00 €	60 000.00 €	120 000.00 €
3	60 001	125 000	140 000.00 €	140 000.00 €	280 000.00 €
4	125 001	250 000	225 000.00 €	225 000.00 €	450 000.00 €
5	250 001	500 000	360 000.00 €	360 000.00 €	720 000.00 €
6	500 001	1 000 000	500 000.00 €	500 000.00 €	1 000 000.00 €
7	1 000 001	2 000 000	750 000.00 €	750 000.00 €	1 500 000.00 €
8	2 000 001	5 000 000	1 000 000.00 €	1 000 000.00 €	2 000 000.00 €
9	5 000 001	10 000 000	1 625 000.00 €	1 625 000.00 €	3 250 000.00 €
10	10 000 001	20 000 000	2 250 000.00 €	2 250 000.00 €	4 500 000.00 €
11	20 000 001	30 000 000	3 750 000.00 €	3 750 000.00 €	7 500 000.00 €
12	30 000 001	40 000 000	5 000 000.00 €	5 000 000.00 €	10 000 000.00 €
13	40 000 001	unendlich	7 500 000.00 €	7 500 000.00 €	15 000 000.00 €

Nach Deaktivierung einer Bilanzgruppe wird der zuletzt ermittelte Jahresenergieumsatz für die 6 Folgemonate fortgeschrieben. 6 Monate nach Deaktivierung der Bilanzgruppe wird der Jahresenergieumsatz mit 0 festgelegt.

### Jahresenergieumsatz

Der Energieumsatz ist die Summe aus per Fahrplan gelieferter Energie, gelieferter Ausgleichsenergie und Verbrauch. Dies entspricht der Summe aus per Fahrplan bezogener Energie, Erzeugung und bezogener Ausgleichsenergie einer Bilanzgruppe.

Für die Ermittlung des Jahresenergieumsatzes werden die Werte der abgerechneten vergangenen zwölf Monate herangezogen.

Im Rahmen der Registrierung wird der Jahresenergieumsatz vom BKO auf Basis der im Registrierungsprozess übermittelten Dokumente und Angaben geschätzt.

Der BKO ist jederzeit berechtigt, auf Basis beobachteter Umsatzwerte einen hochgerechneten Jahresenergieumsatz für die Bilanzgruppe festzustellen und die Bilanzgruppe entsprechend in der Sicherheitentabelle einzustufen.

### Berücksichtigung der Bonitätseinstufung

Bei der Berechnung der Höhe der umsatzabhängigen variablen Sicherheiten wird die Bonität des BGV miteinbezogen:

Bei Vorliegen einer Bonitätseinstufung besser als Stufe 5 gemäß Anhang Bonitätsprüfung gewährt der BKO einen Betrag („Freibetrag“), welcher die Anforderung an variablen Sicherheiten reduziert.

Der ermittelte Freibetrag beeinflusst die Höhe der Basissicherheiten nicht. Als Abzugsbeträge werden je Bonitätsstufe 1,5 % der Eigenmittel angesetzt. Bei geringster Bonitätsstufe (5) sind 0 %, bei höchster Bonitätsstufe (1) maximal 6 %, jedoch nie mehr als die variable Sicherheit laut Sicherheitentabelle, als Freibetrag abzugsfähig.

## **2.2 Sicherheitenanforderung aufgrund historischer Verrechnungen**

Für die Berechnung der Sicherheitenanforderung aufgrund historischer Verrechnungen werden die Rechnungssalden der letzten zwölf abgerechneten Monate des 1. Clearings und der Endabrechnungen je BGV betrachtet. Der höchste monatliche Rechnungssaldo je BGV aus der Verrechnung Ausgleichsenergiebezug, Ausgleichsenergielieferung und Clearingpreis 2 des vorgenannten Betrachtungszeitraumes bildet die Basis für die Berechnung der Sicherheitenanforderung. Bei der Sicherheitenanforderung aufgrund historischen Verrechnungen ist zwischen folgenden beiden Situationen zu unterscheiden:

Solange die Bilanzgruppe aktiv ist errechnet sich die Sicherheitenanforderung wie folgt:

Das Zweifache des höchsten Rechnungssaldos der zuletzt abgerechneten zwölf 1. Clearings.

Nach Deaktivierung der Bilanzgruppe und erfolgreichem Bankeinzug des letzten 1. Clearings errechnet sich die Sicherheitenanforderung wie folgt:

Für jede noch nicht abgerechnete Endabrechnung das Zweifache des höchsten Rechnungssaldo der letzten zwölf Endabrechnungen vor Deaktivierung, jedoch nicht mehr als die zum Zeitpunkt der Deaktivierung vorliegende Sicherheitenanforderung.

Die Rechnungssalden verstehen sich inklusive der auf der jeweiligen Rechnung ausgewiesenen Gebühren und Steuern.

## **2.3 Sicherheitenanforderung aufgrund offener Positionen**

Der BKO ermittelt aufgrund verfügbarer Fahrplandaten sowie Ersatzwerten für Messdaten die offenen Positionen je BG des BGV und bewertet diese offene Position mit Bewertungspreisen. Die Bewertungspreise werden auf der Homepage der APCS veröffentlicht.

Die offene Position je Bilanzgruppe ist die Differenz aus per Fahrplan gelieferter Energie und Verbrauch verglichen mit der Summe aus per Fahrplan bezogener Energie und Erzeugung.

Da zum Zeitpunkt der Bewertung für den Bewertungszeitraum noch keine vollständigen Messwerte vorliegen werden vom BKO mittels statistischem Verfahren Ersatzwerte gebildet. Die Verfahren

- der Ersatzwertbildung und
- der Ermittlung der indikativen Preise

werden auf der Homepage des BKO ([www.apcs.at/...](http://www.apcs.at/)) veröffentlicht.

Der Bilanzgruppenverantwortliche ist verpflichtet Sicherheiten zu hinterlegen die mindestens dem kumulierten Wert der offenen Positionen entsprechen. Für die Sicherheitenberechnung werden die  $\frac{1}{4}$  stündlichen Lastschriften des Vortages mit dem Faktor 4 gewichtet. Jede Abweichung (offene Position) des aktuellen Tages geht als Lastschrift in die Sicherheitenrechnung ein. Die Sicherheitenberechnung umfasst alle Fahrplanwerte bis Ende des Tages an dem die Bewertung durchgeführt wird und welche zum Zeitpunkt der Bewertung vorliegen.

Bei der Feststellung des Wertes der offenen Positionen werden abgerechnete Lieferzeiträume, deren Rechnungsbeträge noch nicht auf dem Bankkonto des BKO eingelangt sind, berücksichtigt.

Für den Fall technischer Probleme auf Seiten des BKO bzw. des Regelzonenführers (RZF) gilt die zuletzt ermittelte Offene Position als Sicherheitenanforderung aus der offenen Positionen Rechnung.

Nach Deaktivierung der Bilanzgruppe findet die offene Positionen Rechnung keine Anwendung in der Sicherheitenermittlung.

### **3 Art und Hinterlegung der Sicherheiten**

1. Jeder BGV mit Sitz in einem Land der Europäischen Union (EU) kann folgende Arten von Sicherheiten hinterlegen:
  - a) Verpfändungserklärung für Euro-Geldeinlagen gemäß den Kriterien des Punktes 3.2;
  - b) Verpfändungserklärung für Wertpapiere gemäß den Kriterien Punkt 3.3 und unter den Bedingungen des Punktes 3.4;
  - c) Bankgarantien gemäß den Kriterien des Punkte 3.5;
  - d) Hinterlegung von Geldkaution beim BKO gemäß den Kriterien des Punkte 3.6
  
2. Verpfändungserklärung für Euro-Geldeinlagen müssen folgende Kriterien erfüllen:
  - a) Euro-Geldeinlagen müssen täglich fällig sein, sodass eine jederzeitige sofortige Verwertbarkeit sichergestellt ist;
  - b) Euro-Geldeinlagen sind auf Konten in der EU zu hinterlegen, im folgenden „Einlagenkonto“ genannt;
  - c) Das gesamte Einlagenkonto ist zugunsten des BKO zu verpfänden und die entsprechenden Publizitäts- und Übertragungsakte sind nachweislich zu setzen.
  - d) Es ist sicherzustellen, dass der BKO oder ein von ihm Beauftragter aufgrund einer unwiderruflichen Einzugsermächtigung unmittelbar und jederzeit auf das Einlagenkonto zugreifen kann.
  - e) Der BKO muss jederzeit Einsicht auf das Einlagenkonto nehmen können. Zu diesem Zweck muss der jeweilige Kontostand dem BKO oder einem von ihm Beauftragten (i) in periodischen Abständen von einem Monat sowie (ii) auf Verlangen des BKO oder des von ihm Beauftragten, mittels Kontoauszug nachgewiesen werden;
  - f) Die Verpfändungserklärung hat zum Zeitpunkt der Ausstellung dem auf der Homepage des BKO veröffentlichtem Muster zu entsprechen.
  - g) Sicherheiten gelten dann als hinterlegt, wenn die OeKB als Beauftragte des BKO vom Kontoführer einen entsprechenden Kontoauszug erhalten hat und die erforderlichen Publizitäts- und Übertragungsakte gesetzt sind.
  
3. Verpfändungserklärung für Wertpapiere müssen die folgende Kriterien erfüllen:
  - a) Single-List-Werte gemäß den Richtlinien der Europäischen Zentralbank die zum Handel an der Wiener Wertpapierbörse zugelassen sind;
  - b) Die Wertpapiere müssen der Liquiditätsklasse L1A gemäß den Richtlinien der Europäischen Zentralbank entsprechen (Link <https://mfi-assets.ecb.int/queryEa.htm>);
  - c) Die Nominalwährung muss auf EURO lauten;
  - d) Das Rating muss mindestens bei zwei internationalen Ratingagenturen in der Ratingkategorie „Investment Grade“ entsprechen
  - e) Die zu hinterlegenden Wertpapiere müssen zu jedem Zeitpunkt der Hinterlegung eine Restlaufzeit von mindestens zwei Jahren aufweisen.



- f) Die Restlaufzeit der zu hinterlegenden Wertpapiere darf zu jedem Zeitpunkt der Hinterlegung 10 Jahre nicht überschreiten;
  - g) Eigene Emissionen bzw. Emissionen konzernmäßig verbundener Unternehmen (in der Definition des § 15 AktG bzw. § 115 GmbHG) können nicht als Sicherheit hinterlegt werden.
  - h) Sicherheiten gelten dann als hinterlegt, wenn die OeKB als Beauftragte des BKO vom Depotführer einen entsprechenden Depotauszug erhalten hat und die erforderlichen Publizitäts- und Übertragungsakte gesetzt sind und eine entsprechende Genehmigung der Hinterlegung des Wertpapiers durch APCS gem. Punkt 4 erfolgt ist.
4. Die Genehmigung der Hinterlegung von Wertpapieren ist an folgende Bedingungen gebunden:
- a) Bei einer Sicherheitenstellung durch Wertpapiere werden 80% des aktuellen Kurswertes auf das Sicherheitenerfordernis angerechnet;
  - b) Die Wertpapiere werden auf einem Depot der OeKB hinterlegt, welches zu Gunsten des BKO verpfändet wurde;
  - c) Der BKO behält sich das Recht vor jederzeit bestimmte Wertpapiere und auch Emittenten von Wertpapieren, selbst wenn sie die Kriterien gemäß Punkt 3.3 erfüllen, abzulehnen;
  - d) Ein vom BKO nicht als Sicherheit akzeptiertes Wertpapier bleibt bei der Berechnung der hinterlegten Sicherheiten unberücksichtigt.
5. Bankgarantien müssen die folgenden Kriterien erfüllen:
- a) Bankgarantien müssen von einer unabhängigen Bank mit Sitz in der EU oder der Schweiz ausgestellt sein. Unabhängigkeit liegt nicht vor, wenn die garantierende Bank am BGV bzw. der BGV an der garantierenden Bank direkt oder indirekt mit mehr als 10 % beteiligt ist;
  - b) Die Restlaufzeit der Bankgarantie hat zu jedem Zeitpunkt der Hinterlegung mindestens vierundzwanzig Monate zu betragen;
  - c) Die Bankgarantie hat dem auf der Homepage des BKO veröffentlichten Muster zu entsprechen;
  - d) Die ausstellende Bank muss von mindestens zwei internationalen Ratingfirmen in der Ratingkategorie „Investment Grade“ eingestuft worden sein. Klarstellend sei festgehalten, dass das Rating für die ausstellende Bank selbst und nicht einer etwaigen Bankengruppe ausschlaggebend ist.
  - e) Der BKO behält sich das Recht vor Banken, selbst wenn sie die Kriterien gemäß Punkt 3.5 erfüllen, abzulehnen;
  - f) Bankgarantien gelten als hinterlegt, wenn sie der OeKB als Beauftragte des BKO im Original zugegangen sind.
6. Hinterlegung von Geldkaution beim BKO
- a) Für den Fall, dass der BKO gemäß den Regeln der AB-BKO einen Margin-Call durchführen muss und absehbar ist, dass der BGV die Fristen für die Hinterlegung des Margin-Call nicht einhalten wird, ist der BKO berechtigt die Hinterlegung einer Geldkaution auf dem Margin-Call-Konto des BKO zu fordern;
  - b) Die Geldkaution gilt als hinterlegt, sobald der entsprechende Betrag auf dem Konto des BKO gutgeschrieben wurde;

- c) Eine Geldkaution, welche auf dem Margin-Call-Konto hinterlegt wurde, wird freigegeben sobald andere Arten von Sicherheiten, zusätzlich zu den bereits bestehenden Sicherheiten, in Höhe des Margin-Calls, hinterlegt wurden.
  - d) Das Margin-Call-Konto des BKO ist nicht für die dauerhafte Hinterlegung von Sicherheiten vorgesehen. Der BGV ist somit verpflichtet, andere Arten von Sicherheiten innerhalb einer Frist von 2 Monaten vorzulegen.
7. Jeder BGV mit Sitz in einem Land außerhalb der Europäischen Union kann folgende Arten von Sicherheiten hinterlegen:
- a) Wertpapiere gemäß den Kriterien Punkt 3.3 und unter den Bedingungen des Punktes 3.8
  - b) Hinterlegung von Geldkaution beim BKO gemäß den Kriterien des Punktes 3.6, wobei Punkt 3.6.d) nicht zur Anwendung gelangt.
8. Die Genehmigung der Hinterlegung von Wertpapieren von einem BGV mit Sitz in einem Land außerhalb der Europäischen Union (EU) ist an folgende Bedingungen gebunden:
- a) Bei einer Sicherheitenstellung durch Wertpapiere werden 80% des aktuellen Kurswertes auf das Sicherheitenerfordernis angerechnet;
  - b) Der BKO behält sich das Recht vor bestimmte Wertpapiere und auch Emittenten von Wertpapieren, selbst wenn sie die Kriterien gemäß Punkt 3.3 erfüllen, abzulehnen. Auf der Homepage des BKO wird eine Liste der abgelehnten Wertpapiere und Emittenten veröffentlicht;
  - c) Es wird für jeden BGV durch den BKO ein gesondertes Depot bei der OeKB eingerichtet, dieses Depot wird auf Namen und Rechnung des BKO durch die OeKB eingerichtet und verwaltet;
  - d) Die Wertpapiere werden ausschließlich im Depot gemäß Punkt 3.8.c hinterlegt, andere Hinterlegungsarten sind nicht zulässig;
  - e) Der BKO behält sich vor, Wertpapiere nach den Grundsätzen der Sicherheit und jederzeitigen Verwertbarkeit zu prüfen und nach diesen Kriterien auch abzulehnen. Der BKO wird im Fall der Ablehnung den BGV unverzüglich verständigen. Ein vom BKO nicht als Sicherheit akzeptiertes Wertpapier bleibt bei der Berechnung der hinterlegten Sicherheiten unberücksichtigt.
9. Sicherheitennachforderung zur Sicherung der Werthaltigkeit von Sicherheiten
- Der BKO ist berechtigt Sicherheiten nachzufordern, sofern deren Wert gegenüber dem Zeitpunkt der Hinterlegung nicht mehr oder nicht mehr im ausreichenden Maß gegeben ist oder berechtigte Zweifel an ihrer Werthaltigkeit bestehen.

## **4 Folgen bei Unterdeckung**

Die Sicherheitenanforderung an den BGV ist der höchste der gemäß Punkt 2 ermittelte Wert. Ist die Summe der hinterlegten Sicherheit geringer als die Sicherheitenanforderung, gilt der Differenzbetrag als Unterdeckung. Der BGV hat dafür Sorge zu tragen, dass es zu keiner Unterdeckung kommt.

Die jeweils aktuelle Sicherheitenanforderung kann durch den BGV im Login Bereich der APCS Clearingplattform eingesehen werden. Jeder BGV ist verpflichtet, Unterdeckungen zu vermeiden und die aktuelle Sicherheitenanforderung täglich zu kontrollieren.

- 1.) Resultiert eine **Unterdeckung aus der Sicherheiteneinstufung** laut Tabelle (gemäß 2.1.) oder **aus historischen Verrechnungen** (gemäß 2.2.) ist der BGV verpflichtet, bis 11:00 Uhr des übernächsten Banktages die Sicherheiten hinterlegung in geforderter Höhe zu erbringen. Wird dieser Verpflichtung nicht nachgekommen, mahnt der BKO den BGV und setzt eine Nachfrist von vier Banktagen. Nach deren fruchtlosem Ablauf ist der BKO berechtigt, die Bilanzgruppen des BGV sowohl zu sperren als auch den Vertrag mit dem BGV aufzulösen.
- 2.) Resultiert die **Unterdeckung aus der Offenen Positionen** Rechnung, ist unmittelbarer Handlungsbedarf gegeben.
  - a. Der BKO ist berechtigt die Fahrplankomponenten und/oder Bilanzgruppen des BGV, falls es sich um eine Bilanzgruppe mit einem Jahresverbrauch kleiner 200.000 MWh handelt, vorläufig mit Wirkung zum Ende Folgetages zu sperren, falls die geforderten Sicherheiten nicht bis spätestens 9:00 des Folgetages erbracht sind. Nach fruchtlos verstrichener Frist von vier Banktagen ist der BKO berechtigt den Vertrag mit dem BGV aufzulösen und in der Folge eine endgültige Sperre der Fahrplankomponenten und/oder Bilanzgruppen vorzunehmen.
  - b. Für den Fall, dass es sich um eine Bilanzgruppe mit einem Jahresverbrauch von größer gleich 200.000 MWh handelt, ist der BKO berechtigt den Vertrag mit dem BGV nach fruchtlos verstrichener Frist von vier Banktagen aufzulösen und in der Folge eine Sperre der Fahrplankomponenten und/oder Bilanzgruppen vorzunehmen.

Eine Sperre von Fahrplankomponenten erfolgt entweder für die gesamte Liefer- bzw. Bezugsseite der Bilanz oder für beide Seiten der Bilanz.

Kommt es aufgrund einer Unterdeckung gemäß Punkt 4 2.) a. zu einer vorläufigen Sperre von Bilanzgruppen ist die Regulierungsbehörde berechtigt Einspruch zu erheben und so die Sperre zu untersagen.

Der BKO teilt allen Marktteilnehmern, dem RZF und den Strombörsen den Zeitpunkt

- der Wirksamkeit der Sperre von Fahrplankomponenten und/oder Bilanzgruppen
- der Wirksamkeit der Vertragsauflösung

mit.

Sobald der BGV seiner Sicherheitenanforderung im entsprechenden Ausmaß nachgekommen ist, wird die Sperre seiner Bilanzgruppen aufgehoben.

Bei einer Unterdeckung des BGV ist der BKO berechtigt, Gutschriften aus der Ausgleichenergieverrechnung einzubehalten bis die Sicherheiten nachforderung von dem BGV erfüllt wurde.

## **5 Freigabe von Sicherheiten**

### **Freigabe wegen Überdeckung**

Ist die Summe an hinterlegten Sicherheiten höher als die gemäß Clearingplattform ausgewiesene Sicherheitenanforderung gilt der Differenzbetrag als Überdeckung. Im Falle einer Überdeckung kann der ermittelte Wert der Sicherheiten auf Antrag des BGV im entsprechenden Ausmaß freigegeben werden.

**Freigabe wegen Beendigung des Vertragsverhältnisses für BGV mit Bilanzgruppen ohne Messwertkomponenten:**

Der BKO kann für Bilanzgruppen, ohne aktive Messwertkomponenten innerhalb der letzten neun Monate vor Beendigung des Vertragsverhältnisses, die Freigabe der Sicherheiten auf Antrag des BGV gewähren. Diese Freigabe kann frühestens ab dem siebenten Monat nach Beendigung des Vertragsverhältnisses mit dem BKO erfolgen.

**Freigabe wegen Beendigung des Vertragsverhältnisses für BGV mit Bilanzgruppen mit Messwertkomponenten:**

Die Sicherheitenanforderung erlischt nach Abschluss des letzten 2. Clearings für die Bilanzgruppen des BGV. Mit Beendigung des Vertragsverhältnisses wird die Sicherheitenanforderung folgendermaßen berechnet wobei der höhere der folgenden beiden Beträge zu hinterlegen ist

- Für jede noch nicht abgerechnete Endabrechnung das Zweifache des höchsten Rechnungssaldo der letzten zwölf Endabrechnungen vor Vertragskündigung, jedoch nicht mehr als die zum Zeitpunkt der Vertragskündigung vorliegende Sicherheitenanforderung festlegt.
- die Mindestsicherheit

Jegliche Freigabe von Sicherheiten erfolgt nach Antrag des BGV und positiver Prüfung durch den BKO.

## **6 Verwertung von Sicherheiten**

Werden Zahlungsverpflichtungen trotz Mahnung und Setzung einer Nachfrist von zwei Banktagen nicht erfüllt, so ist der BKO berechtigt, die hinterlegten Sicherheiten zu verwerten. Diese Verwertung erfolgt in folgender Reihenfolge:

- a) Basis- und variable Sicherheiten des sich im Verzug befindlichen BGV
- b) Basissicherheiten aller BGV im Rahmen der Solidarhaftung

### **6.1 Solidarhaftung**

Im Rahmen der Solidarhaftung haften BGV mit aktiven Bilanzgruppen mit den für diese Bilanzgruppen laut Sicherheitentabelle definierten Basissicherheiten für die Zahlungsausfälle eines dritten BGV.

Die Haftung der BGV im Rahmen der Solidarhaftung ist mit der Höhe der offenen Forderung und aller weiteren noch zu erwartenden offenen Forderungen aus der Ausgleichsenergieverrechnung mit dem zahlungssäumigen BGV begrenzt. Für die Schlüsselung der offenen Forderung im Rahmen des Solidarhaftungsfalles gelten die Basissicherheiten laut Sicherheitentabelle zum Zeitpunkt des Zahlungsausfalls, welcher nach Verstreichen der Mahnfrist als eingetreten gilt.

Der Haftungsbetrag des BGV im Rahmen der Solidarhaftung ergibt sich als prozentueller Anteil an der offenen Forderung. Der Prozentsatz, der für den BGV zur Anwendung kommt, ermittelt sich aus dem Anteil der festgelegten Basissicherheit des BGV im Verhältnis zur Summe der Anforderung der Basissicherheiten aller haftenden BGV.

Vor Verwertung der Sicherheit wird der BKO die BGV zur Überweisung der Beiträge zur Solidarhaftung auf ein Konto des BKO auffordern. Sollte die Überweisung nicht firstgerecht stattfinden, ist der BKO berechtigt die Basissicherheiten zu verwerten.

Gemäß § 1358 ABGB geht die Forderung gegen den säumigen Marktteilnehmer im Umfang des Beitrags zur Solidarhaftung auf den im Rahmen der Solidarhaftung haftenden BGV über. Der BKO ist berechtigt dem haftenden BGV das Inkasso der Regressforderungen gegen den säumigen Marktteilnehmer anzubieten. Damit der BKO das Inkasso für die Regressforderungen übernehmen kann, ist eine Abtretungsvereinbarung durch den haftenden BGV an den BKO zu übermitteln. Ein entsprechendes Muster wird der BKO für diesen Fall zur Verfügung stellen.

Leistet ein im Verzug befindlicher BGV Zahlungen, nachdem auf die Basissicherheiten aller BGV zugegriffen wurde, werden die prozentuellen Anteile der Basissicherheiten bis zur/in Höhe der erfolgten Zahlungen an die haftenden BGV zurückerstattet.

## **6.2 Wiederaufstockung von Sicherheiten**

Werden die vom BGV gestellten Sicherheiten vom BKO oder dem von ihm Beauftragten für die Begleichung seiner offenen Forderungen oder der Erfüllung des Solidarhaftungsbeitrages in Anspruch genommen, ist der BGV verpflichtet, die Basis- und variablen Sicherheiten innerhalb vier Banktagen wieder in der erforderlichen Höhe aufzufüllen.